

16. Landtag von Baden-Württemberg, 56. Sitzung

Mittwoch, 7. März 2018, 10:00 Uhr

Rede

des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart,

zur Aktuellen Debatte

Antisemitismus entschlossen bekämpfen

Es gilt das gesprochene Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.

In diesem Sinne setzen wir heute ein klares gemeinsames Zeichen, um Antisemitismus entschlossen zu bekämpfen. Es ist ein Zeichen der Solidarität und der Gemeinschaft mit dem jüdischen Glauben in unserem Land. Sie gehören in unsere Mitte, und wir sind dankbar für die Bereicherung, die wir durch die jüdischen Gemeinden erfahren.

Wir freuen uns, dass sich in vielen Teilen Baden-Württembergs wieder jüdisches Leben entfaltet. Wir wollen, dass dieses jüdische Leben selbstbewusst, öffentlich und sichtbar

geschieht. Wir wollen, dass es jederzeit und überall frei und vor allem unbedrängt stattfindet. Das ist eine Aufgabe für uns alle, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Die entschiedene Absage an jede Form des Antisemitismus ist Teil der demokratischen Identität Deutschlands und auch Baden-Württembergs. Die bleibende Verantwortung aus dem Holocaust gehört zur Staatsräson unserer Republik. Dazu bekennen wir uns, und das unterstreiche ich auch hier ganz ausdrücklich. Denn es geht um mehr.

Antisemitismus ist Menschenfeindlichkeit. Er negiert die humane Gesellschaft und damit letztlich die Zivilisation an sich. Der Bundespräsident hat es kürzlich, wie ich finde, treffend ausgedrückt:

Der Kampf gegen den Antisemitismus ist nicht nur eine Frage der Solidarität, er ist ein Kampf für all das, was uns als Gesellschaft zusammenhält.

Wir alle stehen in der Verpflichtung, dass antisemitisches Denken, Diskriminierung oder gar Gewalt gegen jüdisches Leben in unserer Gesellschaft niemals eine Chance haben. Dabei ist es egal, woher der Antisemitismus kommt und aus welcher Ideologie er sich speist, ob von rechts, von links oder auch aus muslimischem Hintergrund. Jede Form des Antisemitismus ist aus unserer Sicht gleich schlecht.

Für uns alle gilt in diesem Zusammenhang null Toleranz. Für Antisemitismus gibt es in Deutschland keine Willkommenskultur. Unser Ausländerrecht ist wehrhaft, wie unsere Demokratie überhaupt wehrhaft ist. Wer als Ausländer nach Deutschland kommt und hier zu antisemitischem Hass aufruft, für den ist in unserer Gesellschaft kein Platz.

Wer antisemitische Reden führt, der kann sich auch nicht auf die Meinungsfreiheit berufen. Vielmehr bekommt er es dann mit dem Staatsanwalt zu tun. Auch das muss in diesem Zusammenhang klar sein.

Dass der Antisemitismus in unserem Land auch 73 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz immer noch und immer wieder sein Haupt erhebt, ist für uns alle unerträglich. Kollege Schwarz hat zu Recht die Geschichte angesprochen. Gerade aufgrund unserer Geschichte tragen wir hier eine besondere Verantwortung.

Fast 100 antisemitische Straftaten hat es im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg gegeben. Dass Menschen in unserem Land sich heute nicht trauen, mit der Kippa auf die Straße zu gehen, dass Synagogen in unserem Land nicht ohne Polizeischutz auskommen, dass es in schlimmster Tradition mitten in unseren Städten Boykottaufrufe und „Don't Buy“-Aktionen gegen Waren aus Israel gibt, dass „Jude“ auf manchem Schulhof ganz ungerührt als Schimpfwort gilt, das dürfen und können wir niemals hinnehmen.

Richtig ist: Die meisten Menschen im Land haben nichts übrig für antisemitische Parolen. Die breite Mitte unserer Gesellschaft verurteilt Judenfeindlichkeit. Dafür steht auch unser gemeinsamer, fraktionsübergreifender Antrag.

Ich finde es außerdem beeindruckend, wie viele Menschen sich in unserem Land freiwillig und mit innerer Überzeugung gegen Antisemitismus, für den christlich-jüdischen Dialog oder auch in Initiativen der Erinnerungskultur engagieren. Auch das christlich-jüdische Erbe ist Teil unserer Leitkultur.

Gerade das Ehrenamt – es ist unbezahlt, aber unbezahlbar – ist in den vielen Aktionen, die der Kollege angesprochen hat, wichtig. Die Ehrenamtlichen führen jeden Tag den Beweis, dass dieses Land und diese Gesellschaft aus der Geschichte gelernt haben.

Doch umso mehr bleibt es nötig, dass wir dem Antisemitismus bewusst entgegentreten, wo immer er sich zeigt. Es bleibt notwendig, dass wir ihm den Platz streitig machen, dass wir ihm verbieten, sich von Neuem in die Köpfe zu schleichen, und es bleibt notwendig, dass wir auch die antisemitischen Verführer, die Verschleierer, die Leugner, die Verfälscher stellen. Einen Schlussstrich unter die Erinnerung, unter die Aufarbeitung der Schoah kann und darf es niemals geben.

Wir alle wollen keine geschönte Geschichte, sondern wir brauchen Wahrhaftigkeit und Verantwortung. Gerade jetzt, wo die Zeitzeugen immer mehr verstummen, müssen wir neue Formen finden, um aufzuklären, um Bewusstsein zu schaffen, auch um Bildungsarbeit zu leisten.

Herr Kollege, Sie haben sich vorhin darüber echauffiert, dass der Kollege Schwarz in dem Zusammenhang die Partei der AfD angesprochen hat, eine Partei, die ausgerechnet bei der politischen Bildung sparen will; das geht nicht.

Das ist nicht in Ordnung. Wenn im Grundsatzprogramm Ihrer Partei ernsthaft geschrieben steht: Die Erinnerungskultur in Deutschland sei – Zitat – „aufzubrechen“, dann ist das nichts anderes als Geschichtsrevisionismus.

Sie mögen keine antisemitische Partei sein, aber Sie haben ein massives Antisemitismusproblem. Das müssen Sie einsehen.

Das wurde angesprochen. Wissen Sie: Wir alle kennen die Zitate. Wenn ein Vertreter – Sie wissen, von wem ich spreche – das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ verhetzt, dann ist das nicht hinnehmbar.

Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und mit dem Völkermord an den europäischen Juden muss ein zentrales Thema bleiben, auch und gerade – wie ich finde – an unseren Schulen. Wir wollen, dass gerade junge Menschen Bescheid wissen, dass sie Antisemitismus selbst erkennen und antisemitischen Demagogen nicht auf den Leim gehen.

Wir müssen stark machen im Kampf gegen Antisemitismus, stark durch Wissen, stark durch Dialog und stark durch Engagement. Der Kampf gegen den Antisemitismus in all seinen offenen versteckten Formen braucht einen organisatorischen Rahmen. Deshalb haben alle Fraktionen hier vorgeschlagen, dass das Land einen Antisemitismusbeauftragten beruft. Die Fraktionen werden ihn gemeinsam benennen. Er soll alle Initiativen gegen Antisemitismus ressortübergreifend koordinieren und in die politische Bildungsarbeit hinein wirken. Auch das ist ein starkes Signal, und dieses Signal heißt: Baden-Württemberg sagt Nein zum Antisemitismus.